

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 8/2007

27. September 2007

Die erste Plenarsitzung des Nationalrats nach dem Sommer war vor allem der Justiz-, der Bildungs- und der Verkehrspolitik gewidmet. Ein Überblick über die wichtigsten Beschlüsse.

Variable Tempolimits bei hoher Luftschadstoffbelastung

Die Änderung von Tempolimits bei besonders hoher Luftbelastung wird neu geregelt. Wenn eine Überschreitung der Grenzwerte gemäß Immissionsschutzgesetz-Luft zu erwarten ist, kann der Landeshauptmann künftig für bestimmte Streckenabschnitte auf Autobahnen und Schnellstraßen Tempobeschränkungen anordnen. Um flexibel reagieren zu können, werden elektronische Verkehrsleitsysteme installiert.

Integration auch in der 9. Schulstufe

Die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird auf die 9. Schulstufe ausgeweitet. Derzeit ist sie im Regelschulwesen bis zur 8. Schulstufe verankert. Die seit 10 Jahren laufenden Schulversuche haben positive Ergebnisse gezeigt.

Menschenhandel und Schlepperei wirksam bekämpfen

Die Bedingungen für eine intensivere Bekämpfung des Menschenhandels werden mit dem Beschluss über ein internationales Abkommen gegen Schlepperei weiter verbessert. Darauf habe ich auch in meiner Rede im Plenum hingewiesen. Das beschlossene Zusatzprotokoll zu einem UN-Abkommen sieht vor, dass Geschleppte nicht strafrechtlich verantwortlich gemacht werden können und dass ihre Gefährdung als zusätzlich erschwerender Tatbestand definiert wird. Ungeachtet der Bekämpfung des Schlepperunwesens muss es das Ziel sein, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern und sichere Lebensperspektiven zu geben.

Kennzeichnung für "staatlich anerkannte Schuldenberatung"

Die zehn "bevorrechteten" Schuldnerberatungsstellen werden zu "staatlich anerkannten" Schuldenberatungen. Eine eigene Kennzeichnung und klar gefasste Kriterien sollen den Betroffenen mehr Orientierung geben. Voraussetzung für die Anerkennung sind fehlende Gewinnerzielungsabsicht, Verlässlichkeit, die Beschäftigung von mindestens drei Mitarbeitern und zweijährige erfolgreiche Betätigung in der Schuldnerberatung.

Für lückenlose schulärztliche Untersuchungen

Auch Kinder, die nicht in der Schule, sondern zu Hause unterrichtet werden, sollen künftig schulärztlich untersucht werden. Eine gemeinsame EntschlieÙung der Parlamentsparteien an die Unterrichtsministerin soll die gesetzliche Lücke schließen. Anlass war der Fall von drei verwahrlosten Geschwistern, der vor einigen Monaten in Oberösterreich bekannt wurde,

Schulen gegen Doping im Sport

In den Schulen soll vermehrt über die Gefahren von Doping im Sport aufgeklärt werden. Dazu hat der Nationalrat die Unterrichtsministerin in einer EntschlieÙung aufgefordert. Ansprechpersonen sind in erster Linie die Lehrer, für die eigene Unterrichtsmaterialien und Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden sollen.

Der "Jahresabschluss der Republik" für 2005

Der vom Nationalrat verabschiedete Bundesrechnungsabschluss des Rechnungshofs für 2005 zeigt ein Ansteigen des gesamtstaatlichen Defizits auf 3,7 Mrd. Euro und eine relative Abnahme der öffentlichen Verschuldung gegenüber 2004 um 0,4 % auf 63,4 % des Bruttoinlandsprodukts.